

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Bezugspreis beträgt für das Dienstjahr 12 Mark, monatlich 1 Pfennig. Die einzelne Nummer kostet 1 Pfennig. Nach auswärts Portozuschlag.

# Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Birtenwerder, Bahnhof-Allee 5 und von allen Anzeigen-Expeditionen angenommen. Die schlagzeilige Zeitzeile kostet 1 Pfennig, die Restzeile 1/2 Pfennig.

## Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birtenwerder,  
Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehmitz, Stolpe



für ehem. Hofjagdrevier,  
Bergfelde, den Amtsbezirk  
Schönfließ und Umgegend

Telegr.: Briefetalbote, Birtenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationskraft für den Amtsbezirk Birtenwerder. Anzeigenpreis für die neuangelegte Kleinzeile oder deren Raum 20 Pfennig, auswärts 25 Pfennig. Reklamezeile 100 Pfennig. Berechnung in Goldmark zum amtlichen Dollarkurs.

Nr. 114.

Postfach-Konto: Berlin 62 448

Donnerstag, den 23. Juli 1925

Postfach-Konto Berlin 62448.

24. Jahrg.

### Der Amtsvorsteher Birtenwerder.

Das Baden in dem Subertusse in Borgsdorf ist in Ermangelung einer Badeanstalt verboten. Die Aufseherinnen haben Anweisung, jeden Uebertretungsfall zur Anzeige zu bringen.

Birtenwerder, den 22. Juli 1925.

Der Amtsvorsteher: J. B. Pieper.

### Der Gemeindevorsteher Birtenwerder.

Angebote auf Lieferung von 900 Ztr. westfälischen Schmelzkohls Bruch II bzw. Berliner Schmelzkohls Bruch II, 300 Ztr. Briketts I. Qualität, und 6 tm Klobentensholz frei Rathaus begr. Schulhof zu festen Preisen sind bis spätestens zum 24. d. Mts. im Zimmer 2 d. es Rathauses abzugeben. Lieferung sofort nach Auftragserteilung.

Birtenwerder, den 22. Juli 1925.

Der komm. Gemeindevorsteher: Blank.

### Der Gemeindevorsteher Borgsdorf.

Einladung zur Gemeindevorsteher-Sitzung.

Zu der auf  
Freitag, den 24. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr,  
im Gemeindevorsteher-Saal

anberaumten Versammlung der Gemeindevorstellung, in der über die in nachstehender Tagesordnung verzeichneten Gegenstände beraten oder beschlossen werden soll, werden sämtliche Mitglieder der hiesigen Gemeinde-Vereinigung hiermit unter dem Hinweis eingeladen, daß die Nichtanwesenden sich den gefassten Beschlüssen zu unterwerfen haben.

Tagesordnung:

1. Bekanntgabe eines Schreibens.
2. Einführung und Verpflichtung eines Gemeindevorstellers.
3. Neuwahl der Kommissionsmitglieder.
4. Ankauf eines Müllabfuhrplatzes.
5. Festlegung von Mieten.
6. Beschaffung von Ausrüstungsgegenständen der Freiwilligen Feuerwehr.
7. Antrag des Monatschen Müllabfuhrereins.
8. Beitritt zum Zentralverband zur Gründung von Volksbibliotheken.
9. Antrag der Kantalkolonie Birtenwerder auf Gewährung eines Zuschusses.

Borgsdorf, den 22. Juli 1925.

Der Gemeindevorsteher: Seefeldt.

### Der Amtsvorsteher Schönfließ.

Ein graues Leinen-Jakett mit roten Knöpfen als vorlesen genehmigt.

Bergfelde, den 22. Juli 1925.

Der Amtsvorsteher: Vors.

### Der Gemeindevorsteher Bergfelde.

Anmeldung von Pflegekindern, unehelichen Kindern und freien Pflegekindern.

Nach § 24 des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes unterstehen Haltekinde und damit auch die Pflegestellen der Aufsicht des Jugendamtes. Das gleiche gilt für uneheliche Kinder, die sich bei der Mutter befinden. Pflegekinder sind Kinder unter 14 Jahren, die sich dauernd oder nur für einen Teil des Tages, jedoch regelmäßig in fremder Pflege befinden, es sei denn, daß von vornherein feststeht, daß sie unentgeltlich in vorübergehender Bewahrung genommen werden.

Ich fordere alle Personen, die Pflegekinder haben, auf, die Erlaubnis innerhalb 3 Tagen im Gemeindeamt nachzusuchen. Die unehelichen Mütter, die ein Kind bei sich haben, und ebenso diejenigen Personen, die ein Kind unentgeltlich oder nicht gewerbsmäßig in vorübergehender Bewahrung genommen haben, bedürfen zwar nicht der Erlaubnis, haben das Kind aber ebenfalls zur Anmeldung zu bringen. Wer die Erlaubnis nicht nachsucht, oder die Anmeldung unterläßt, wird mit Geldstrafe oder mit Haft oder Gefängnis bis zu 3 Monaten bestraft.

Hierbei gebe ich bekannt, daß das Kreiswohlfahrtsamt Säuglinge und Kinder aller Altersstufen bis zur Schulpflichtung in Pflege gibt. Familien, die gewillt sind, Kinder in Pflege zu nehmen, werden gebeten, im Gemeindeamt vorstellig zu werden.

Bergfelde, den 22. Juli 1925.

Der Gemeindevorsteher: Czekowski.

### Was gibt es Neues?

Die französische, englische und amerikanische Presse befaßt sich bereits mit der erste am Mittwoch veröffentlichten deutschen Antwortnote.

An der Ruhr wurde überall mit Glockengeläut die Befreiung von dem französisch-belagerten Nord gefeiert.

Die sinesische Handelsstammer hat den Boykott britischer und japanischer Waren vom 30. Juli ab und die Übung der Geschäftsbeziehungen mit britischen und japanischen Firmen beschlossen.

### Die deutsche Antwortnote.

Nunmehr ist, gemäß getroffenen Vereinbarungen zwischen der deutschen und französischen Regierung, die deutsche Antwortnote auf Briand's Note über den Sicherheitspakt gemeinsam in Paris und Berlin der Öffentlichkeit übergeben worden. Zu gleicher Zeit, wie der deutsche Botschafter in Paris, Herr v. Dörfel, am Montag nachmittag 5 Uhr dem französischen Außenminister Briand die deutsche Antwortnote in der übli-

chen, diplomatischen Konferenz überreichte, wurde eine Abschrift dieser deutschen Antwort dem englischen auswärtigen Amt in London übermittelt. Diese diplomatische Aktion ist begründet durch die Tatsache, daß Briand's Note über den Sicherheitspakt als ein Niederschlag der englisch-französischen Einigung zwischen Chamberlain und Briand in Genf über diese Fragen anzusprechen ist. Wir sind daher schon zur Stunde in der Lage, über den ersten Eindruck, den diese deutsche Antwortnote in Paris und London erweckt hat, unterrichtet zu sein.

Bei Beurteilung dieses ersten Eindruckes, der uns vom Seine- und Themsestrand entgegenhält, muß vom deutschen Standpunkt aus zweierlei beachtet werden, einmal, daß sowohl in der öffentlichen Meinung von Paris, wie von London, dieses Genfer Gebräu von Briand's Sicherheitsnote sich nicht des ungeteilten Beifalles erfreut, zum andern, daß diese ersten Pressestimmen zur deutschen Antwort als das Ergebnis der englischen und französischen Presseorientierung durch die beiden Regierungen anzuspüren ist. Presseorientierungen von dem Gedanken getragen, der in London und Paris gleichzeitig gefürchtete Opposition die Spitze abzubrechen. Es darf weiter nicht vergessen werden, daß England wie Frankreich, beides in rein parlamentarischen Sinne wohl durchgebildete Staaten sind, in denen viel mehr wie in Deutschland die Regierungen die politische Presse aller Schattierungen in solchen wichtigen auswärtigen Fragen in der Hand haben. Man kann also von dem wahren, ungeschminkten Eindruck, den diese deutsche Antwortnote in Paris und London hervorgerufen hat, erst reden, wenn in diesen beiden Ländern die divergierenden Meinungen der verschiedensten Ansichten zum Ausdruck gekommen sein werden.

Als erster Eindruck, den diese deutsche Antwortnote in Frankreich und England ausgelöst hat, ist in Paris festliches Entgegenkommen, in London eine direkt optimistische Stimmung festzustellen. Man preist in beiden Ländern den verbindlichen Ton der Note und setzt die weitgehenden Hoffnungen auf direkte Verhandlungen von Staat zu Staat, denen nunmehr durch diese deutsche Antwort die Tür geöffnet sein soll. Man ist namentlich in Paris vollkommen einverstanden damit, daß bei dem gegenwärtigen Stand des Problems diese direkten Verhandlungen „zur Klärung der Irrtümer“ besser seien, wie eine „Konferenz der interessierten Staaten“. Und in London ergibt sich der „Daily Telegraph“ ob des „herrlichen Optimismus“, daß diese Note in nicht allzu langer Zeit zu einem freien Gedankenaustausch am Konferenztisch führen werde.

Vom deutschen Standpunkt aus, ist, wie gesagt, dieser erste Eindruck als eine Befestigung der Regierungen von Paris und London mit der nötigen Vorsicht zu genießen. Der verbindliche und verbindliche Ton der deutschen Antwort, der hier über den grünen Alee gepriesen wird, ist ebenso eine diplomatische Selbstverständlichkeit, wie bei der gegenwärtigen nationalen Notlage Deutschlands, die mit der wirtschaftlichen Notlage eng verflochten ist, die Bereitwilligkeit zu Verhandlungen. Nicht berührt wird hierbei die ebene Tatsache, daß Briand's Sicherheitsnote den Vorschlag des deutschen Februar-Memorandum in seinen wesentlichen Punkten auf den Kopf stellt. Mächtig die Verhandlungen von Staat zu Staat, diesen „Irrtum“ aus der Welt schaffen, dann wird auch Deutschland über den Sicherheitspakt reden können. Wenn der Pariser „Matin“ als einzige große Pariser Zeitung, die außer der Reihe tanzt, pessimistisch glaubt, vor „Ueberbelagerungen“ bei den Verhandlungen warnen zu müssen, so rufen auch wir während der deutschen Regierung zu, bei den nun eintretenden Verhandlungen von Staat zu Staat ja recht auf der Hut zu sein.

### Deutschlands Verhandlungsbereitschaft.

Die Antwortnote der Deutschen Regierung. In der nunmehr gemeinsam in Paris und Berlin veröffentlichten Antwortnote der deutschen Regierung auf Briand's Note über den Sicherheitspakt heißt es im Wesentlichen:

Die alliierten Regierungen betonen in der Note vom 16. Juni, daß die Regelung der Sicherheitsfrage keine Aenderung der Friedensverträge mit sich bringen dürfe. Die deutsche Regierung vermag aus den Ausführungen der Note über diesen Punkt nicht ohne weiteres zu erkennen, welche Absicht die alliierten Regierungen damit verfolgen. Die deutsche Regierung betrachtet es hierbei als festzuverhandeln, daß nicht etwa für alle Zukunft die Möglichkeit ausgeschlossen werden soll, bestehende Verträge auf dem Wege friedlichen Uebereinkommens zu gegebener Zeit veränderten Verhältnissen anzupassen.

Wenn die alliierten Regierungen zum Beispiel hervorheben, daß der Sicherheitspakt die geltenden vertraglichen Bestimmungen über die militärische Besetzung deutscher Gebiete nicht berühren dürfe, so ist es richtig, daß das deutsche Memorandum den Abschluß des Paktes nicht von einer Aenderung dieser Bestimmungen abhängig gemacht hat. Sollten die alliierten Regierungen jedoch beabsichtigen, jene Bestimmungen als für die Zukunft schlechthin maßgebend hinzustellen, so möchte die deutsche Regierung demgegenüber darauf hinweisen, daß das Zustandekommen eines Sicherheitspaktes eine so bedeutame Aenderung darstellen würde, daß sie nicht ohne Rücksichtnahme auf die Verhältnisse in den betroffenen Gebieten und überhaupt auf die Fragen der Befehung bleiben dürfte.

Bedenklich wären ferner die Folgen, zu denen die in der französischen Note vorgeschlagene Konstitution der Garantie für die abzuschließenden Schiedsverträge führen könnte.

Während nach der Völkerbundsjahre die Frage, ob eine Friedensströmung vorliegt, in einem genau geregelten Verfahren zu entscheiden und die Anwendung von Zwangsmaßnahmen an bestimmte, objektiv festzustellende Voraussetzungen geknüpft ist, würden nach dem in der französischen Note entworfenen System alle diese Entscheidungen in die Hand einer Vertragspartei gelegt sein.

Nach Auffassung der deutschen Regierung würde für die Bewirkung der Grundgedanken des deutschen Memorandum

Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund keine notwendige Voraussetzung sein. Bei der großen Bedeutung, welche die deutsche Regierung der Regelung der Sicherheitsfrage beimißt, will sie gegen die Verbindung der beiden Probleme keinen grundsätzlichen Widerspruch erheben. Sie muß indes darauf hinweisen, daß die Frage des deutschen Eintritts selbst noch sorgfältiger Klärung bedarf.

Die in der französischen Note angeführte Note des Völkerbundesrates vom 13. März d. J. hat die Bedeutung, die auf deutscher Seite gegen die Uebernahme der Verpflichtungen aus dem Artikel 16 der Satzung geltend gemacht worden sind, nicht ausgenommen.

Auch nach den Ausführungen des Völkerbundesrats bleibt die Gefahr bestehen, daß Deutschland als entwaflneter Staat, der von stark gerüsteten Nachbarn umgeben ist, der sich in zentraler Lage befindet, und der in der Geschichte immer wieder Schauplatz großer Kriege gewesen ist, bei dem Eintritt in den Völkerbund unbeschränkt der Bewirkung in fegegerichtiger Konflikte dritter Staaten ausgelegt sein würde.

Deutschland kann als Mitglied des Völkerbundes erst dann als gleichberechtigt gelten, wenn seiner Ab-

**DRINA**  
Möbel

Sind sind diese Preise

Schlafzimmer	540—600—650—700— 750— bis 2500 M.
Speisezimmer	500—600—650—700— 725—800— bis 3000— M.
Herrenzimmer	525—600—650—700— 800— bis 3000— M.

Auf Wunsch Zahlungsverleichterung.

**Berlin,**  
Elsässer Straße 37 (nahe Oranienburger Tor),  
Brunnenstraße 33  
Drimmer & Halpern.